

Doch Antennen auf städtischen Gebäuden?

Das Rathaus möchte, dass Mobilfunk-Sendeanlagen jetzt auch auf städtischen Gebäuden errichtet werden dürfen. Dafür müsste ein alter Ratsbeschluss aufgehoben werden. Die meisten Fraktionen stützen das.

■ **Von Jens Kitzler**

FREIBURG Insgesamt sei die Mobilfunk-Abdeckung im Stadtgebiet noch brauchbar, heißt es in einer Vorlage, die im November in den Gemeinderat kommt. Dennoch steige die Nachfrage nach Netzleistung immer weiter. Nicht weil die Freiburger mehr telefonieren – es ist vor allem die Nutzung von Datendiensten, die ständig zunimmt.

Hinzu kommt der Ausbau des Mobilfunkstandards 5G, an dessen hohen Übertragungsraten auch Gewerbe und Industrie interessiert sind und der ein dichteres Netz an Sendemasten benötigt. Das Resultat laut Vorlage des Amts für Digitales und IT: „Es zeichnet sich eine Verschlechterung der Versorgungslage bei gleichzeitig wachsendem Bedarf ab.“ Bereits jetzt gebe es Engpässe im Freiburger Mobil-

funknetzen. „Es ist daher nicht nur aufgrund der Etablierung des 5G-Standards, sondern auch zur Aufrechterhaltung eines stabilen Netzes notwendig, die Kapazitäten durch neue Standorte auszubauen.“ Doch an weitere Antennenstandorte auf privaten Gebäuden zu kommen, wird für die Mobilfunkindustrie immer schwerer. Drum schaut sie auch auf städtische Gebäude, die zudem oft groß sind und zentral liegen. Und so stapeln sich im Rathaus die Standortanfragen von Vodafone, Telekom und Co.

Allerdings hat der Gemeinderat die Verwendung städtischer Gebäude dafür stark eingeschränkt. Auf Dächern, die der Stadt oder ihren Tochterfirmen gehören, sollen laut Beschluss aus dem Jahr 2001 keine Mobilfunkantennen erlaubt sein, außer es ließe sich dadurch eine Reduzierung der Strahlenbelastung des Umfelds erreichen. Und: Auf „sensiblen städtischen Einrichtungen“ wie Kitas, Schulen oder Kliniken und in einem Kreis von 500 Metern um jene herum sollten auf städtischen Standorten ebenfalls keine Anlagen entstehen. Das hat gewirkt: Auf BZ-Anfrage heißt es im Rathaus, dass bis heute auf keinem städtischen Gebäude eine Antenne entstanden sei.

Doch das Verbot möchte die Stadt jetzt loswerden, um gegenüber den Mobil-

funkanbietern flexibler sein zu können. Am November soll der Gemeinderat seinen damaligen Entschluss zurücknehmen. Das bedeute nicht, sagt Sprecher Sebastian Wolfrum, dass dann plötzlich Sender auf Kitas und Schulen kämen – die stünden wirklich ganz am Ende auf der Liste der in Frage kommenden Gebäude.

Stadt: Verschlechterung der Versorgung zeichnet sich ab

Während sich bei der Entscheidung von 2001 mehrere Fraktionen besorgt bezüglich denkbarer Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkstrahlung zeigten, haben die Gemeinderäte heute andere Prioritäten. „Grundsätzlich halten wir es für sinnvoll, den alten Beschluss aufzugeben“, sagt die CDU-Vorsitzende Carolin Jenker. Das Netz in Freiburg lasse zu wünschen übrig – und den Behörden, die über gesundheitliche Risiken des Mobilfunks wachen, könne man trauen.

Auch FDP/BFF unterstützen „den längst überfälligen Vorschlag“, denn die Abdeckung sei für Menschen und Wirtschaft in der Region von grundlegender Bedeutung. „Weshalb städtische Gebäude ausgeschlossen bleiben sollen, ist

nicht nachvollziehbar“, sagt Johannes Gröger (Freie Wähler), zumal das Gebäude, auf dem ein Mast installiert wurde, am wenigsten von den Frequenzen betroffen wird.“

Der Ausbau von 5G müsse kommen, sagt SPD-Stadtrat Ludwig Striet. „Weil die Nachfrage der Verbraucher_innen da ist und dies für vielfältige Anwendungen technisch notwendig ist“. Weil man dafür mehr Sendemasten brauche, könnten städtische Gebäude nicht mehr ausgenommen werden.“

Auch die Grünen wollen den Beschluss aufheben: „Eine flächendeckende Versorgung mit schnellem, mobilem Internet gehört zur Daseinsvorsorge, ist wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und eine Voraussetzung für Teilhabe“, schreibt Simon Sumbert. Und Jupi-Stadträtin Sophie Kessl begrüßt die Idee auf ihre Weise: „Dann kann man endlich an jeder Milchkanne sein neues Tiktok-Video hochladen.“

Die mobilfunkkritische Initiative Freiburg-5G-Frei sieht es anders: Leider binde die Stadt diese Öffnung der städtischen Gebäude nicht in ein Gesamtkonzept ein, sagt ihr Sprecher Bernd Budzinski. „Man gibt hier eine Sperre auf, ohne dass die Belastung auf anderer Ebene eingedämmt wird.“

Münstereck